



Berlin, im November 2006

„Für ein solidarisch erneuertes Europa“

- Thesen für ein Europapolitisches Memorandum der IG Metall –

1. Die Europäische Union in der Krise

Die Europäische Einigung befindet sich in einer schweren *Krise*. Auch 18 Monate nach der Ablehnung des Entwurfs für einen Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden ist die Unsicherheit über die Zukunft Europas groß. Hinzu kommt: Die Europäische Union ist weit davon entfernt, die ambitionierten Ziel der Lissabonner Strategie zu erreichen. Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung waren zu gering. Höhere Beschäftigungsquote bei weiblichen und älteren Arbeitnehmern und durchschlagende Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit blieben weitgehend aus. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf 18 Millionen und die soziale Spaltung nimmt zu.

2. Europa steht vor einer historischen Entscheidung

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme finden ihren Ausdruck in der *Identitätskrise* der Europäischen Union. Europa verfügt gegenwärtig nicht über ein gemeinsames Leitbild seiner künftigen Entwicklung, weiß nicht, wohin es will. Immer noch dominiert die Vorstellung vom Europäischen Markt als Kern des ganzen Projektes. Doch das stiftet weniger denn je den notwendigen Zusammenhalt und die notwendige Orientierung für die Zukunft.

Europa steht vor einer *strategische Entscheidung von historischer Bedeutung*. Entweder es folgt dem eingeschlagenen Weg. Das liefe auf die Fortführung des markt- und eliteorientierten Einigungsmodells hinaus. Die Folgen wären ein weiterer Vertrauensverlust bei den Menschen und vermutlich ein Anstieg sozialer Konflikte und politischer Spannungen. Der zweite Weg setzt die Kraft und die Bereitschaft zu einer Neuorientierung in der Europapolitik voraus. Er setzt an den beiden Hauptmängeln des bisherigen Modells an: der unterentwickelten sozialen Dimension und der Demokratielücke. Die Leitlinien einer solchen Strategie heißen: mehr soziale Sicherheit und Verantwortung - und mehr Beteiligung und Demokratie.

3. Die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues Leitprojekt

Die IG Metall schlägt deshalb vor, die reformpolitische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues Leitprojekt auf die europäische Agenda zu setzen. Der gemeinsame Konsens des Europäischen Sozialmodells besteht in einer historischen Erfahrung, aus der die Grundidee der europäischen Sozialstaaten entwickelt wurde. Sie lautet: Der Markt ist ein äußerst leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Aber mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung ist er heillos überfordert. Dazu sind Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik unverzichtbar.

Diese Ergänzungs- und Korrekturaufgaben nimmt in Europa der Sozialstaat und seine Institutionen wahr – wie unterschiedlich die historischen Ursprünge, die sozialen Systeme und Kulturen auch sein mögen. Die zentralen Institutionen des europäischen Sozialstaates sind starke Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie ein verteilungs- und beschäftigungspolitisch aktiver Staat. Das ist die Basis des Europäischen Sozialmodells – und auf der gilt es aufzubauen, wenn wir dieses Modell auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einstellen wollen.

4. Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells

Aus Sicht der IG Metall sind folgende *Handlungsfelder* mit Blick auf Politik und Gewerkschaften in Europa von besonderer Bedeutung:

- Europa darf sich weder mit der Massenarbeitslosigkeit noch mit dem bestehenden Gefälle der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abfinden. Die Diskussion über eine gerechte europäische Arbeitsteilung muss geführt werden. Dies stellt erhöhte Anforderungen an die Industrie- und Strukturpolitik. Eine *europaweite Verlagerungsabgabe* auf nicht gewollte Dumpingverlagerungen könnte hier sinnvoll sein. Die Geld- und Fiskalpolitik muss insgesamt neu auf Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden. Es braucht den Mut zu einer *europäische Wirtschaftsregierung*, die alle Steuer- und Haushaltspolitiken koordiniert.
- In einem größer werdenden Währungsraum steigt die Notwendigkeit einer europaweiten *Koordinierung der Tarifpolitik*. Die vorhandenen Instrumente („Koordinierungsregeln“) müssen erweitert und auf branchen- und gesamtwirtschaftlicher Ebene verbindlicher werden. Gemeinsame *tarifpolitische Initiativen* bei Arbeitszeitgestaltung, Qualifizierungsrechten und Arbeitsbedingungen müssen diese ergänzen. Perspektivisch muss die Option gemeinsamer Tarifverträge ins Visier genommen werden.
- Die Abwehr rückwärtsgewandter Angriffe auf Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte in Europa muss durch Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung gestärkt werden. Die Vernetzung zwischen Belegschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften muss ausgebaut werden. Die Revision *EURO-Betriebsräte* muss vorangebracht, ihre Rechte und Arbeitsgrundlagen müssen verbessert werden.
- Wettbewerb und ökonomischer Strukturwandel erfordern *soziale Grundrechte* sowie *soziale und steuerpolitische Mindestbedingungen*. Die IG Metall fordert mit Blick auf die Besteuerung der Unternehmen einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze, sowie Tarife, die den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Länder Rechnung tragen. Zugleich schlägt sie einen *sozialen Stabilitätspakt* vor. Er könnte soziale Sozialleistungsniveaus in den Mitgliedstaaten vorsehen, die sich an der jeweiligen Wirtschaftskraft orientieren.
- Europa ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen der Welt. Entsprechend gilt es, Europas Potential zur Gestaltung der ökonomischen Globalisierung zu nutzen. Das gilt insbesondere angesichts des Bedeutungszuwachses der Finanzmärkte und der dort agierenden Akteure gegenüber den Unternehmen und Staaten. Europa muss zum Vorreiter der *Regulierung des internationalen Finanzmarkt-Kapitalismus und der Finanzfonds* werden.

5. „Europäisierung der IG Metall“

Auch die Gewerkschaften stehen vor der Anforderung, ihren *Europäisierungsrückstand* aufzuholen. Ansetzend an bisherigen Aktivitäten der Einzelgewerkschaften und der Europäischen Dachverbände gilt es, Europa vom Expertenthema zu einem Thema der täglichen politischen Praxis werden zu lassen. Die IG Metall wird sich weiter europäisieren und weiterhin den EMB stärken. In diesem Sinne wird sie ein Projekt „*Europapolitisches Mainstreaming*“ starten und ein „*Europapolitisches Memorandum*“ erarbeiten.

6. Die Chance der deutschen EU-Präsidentschaft nutzen!

Die IG Metall appelliert an die Bundesregierung, während ihrer EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 die Weichen in Richtung einer Erneuerung des Europäischen Sozialmodells zu stellen. Als ein erster Schritt sollten Anstrengungen unternommen werden, im gescheiterten „Verfassungsentwurf“ die neoliberalen, wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgaben zurück zu nehmen und die soziale Dimension zu stärken. Der überarbeitete Entwurf könnte anlässlich der Europawahlen 2009 der europäischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Dies würde mehr Beteiligung und Demokratie in Europa bedeuten - und die Menschen wieder näher an die Europäische Einigung heranführen!